

Steier-Jordan, Sonja

Polnische Hochschulpolitik nach dem Umbruch 1989

Tertium comparationis 3 (1997) 1, S. 35-47

urn:nbn:de:0111-opus-28724

in Kooperation mit:



<http://www.waxmann.com>

Nutzungsbedingungen

pedocs gewährt ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Die Nutzung stellt keine Übertragung des Eigentumsrechts an diesem Dokument dar und gilt vorbehaltlich der folgenden Einschränkungen: Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit dem Gebrauch von pedocs und der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Kontakt:

peDOCS

Deutsches Institut für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF)

Informationszentrum (IZ) Bildung

Schloßstr. 29, D-60486 Frankfurt am Main

eMail: pedocs@dipf.de

Internet: www.pedocs.de



Polnische Hochschulpolitik nach dem Umbruch 1989

Sonja Steier-Jordan

Arbeitsstelle für vergleichende Bildungsforschung, Ruhr-Universität Bochum

Abstract

The educational system in Poland has been transformed since 1989. Since then especially higher education has been subject to radical reforms tending towards growing autonomy and diversification, and an increasing number of students and graduates. This article is concerned with these developments and analyses them in the context of general strategies of educational policy. The sources of my studies are various concepts and projects of the Polish Ministry of Education and the reactions and opinions of the academic community.

1 Vorbemerkungen

Im Rahmen der politischen und wirtschaftlichen Transformationen in Polen wurde die neue, postkommunistische Ära mit einer tiefgreifenden Reform des Hochschul- und Wissenschaftssystems² begonnen (Leitner 1995: 141–145). Sie dauert bis heute an. Eine der ersten bildungspolitischen Maßnahmen der nicht-kommunistischen Regierung nach dem historischen Kompromiß des »Runden Tisches« vom September 1989 war die Verabschiedung der Rechtsakte für das Hochschul- und Wissenschaftssystem durch das neu gewählte Parlament. Folgende Fragen befinden sich seitdem im Zentrum der polnischen Hochschulpolitik:

1. Die Autonomisierung der Hochschulen auf der Grundlage bestehender und geplanter Gesetze, die Veränderungen durch Selbstregulierungsprozesse herbeiführen sollen (Stichwort: Autonomie),
2. die Veränderungen in den Struktur- und Organisationsformen des polnischen Hochschulwesens, deren Kernstück die Diversifikation des tertiären Sektors einschließt (Stichwort: Diversifizierung), und
3. die Erhöhung der im internationalen Vergleich niedrigen Studentenzahl durch größere Öffnung der Hochschulen und den verstärkten Ausbau kürzerer, berufsbezogener Studiengänge (Stichwort: Quantitatives Wachstum).

In dem vorliegenden Beitrag werden diese drei Kernpunkte der polnischen Hochschulpolitik nach 1989 im Rahmen der gegenwärtigen hochschulpolitischen Reformstrategien kurz

vorgestellt und kritisch beleuchtet. Die Grundlage dieser Analyse bilden die diversen Konzepte des polnischen Ministeriums für nationale Bildung (Ministerstwo Edukacji Narodowej = MEN) zur Reform des Hochschulwesens, die seit 1992 systematisch entwickelt, vorgelegt und kontrovers diskutiert werden.³

2 Autonomie⁴

Die rechtlichen Veränderungen, herbeigeführt durch die neuen gesetzgeberischen Akte zu Beginn der Transformationsprozesse, nämlich das Gesetz über das Hochschulwesen und das Gesetz über wissenschaftliche Titel und Grade, beide vom September 1990, verdeutlichen schon die Reformlinie des polnischen Hochschulwesens. Sie konzentrieren sich in erster Linie auf die Wiederherstellung der Hochschulautonomie und auf die Veränderungen der Struktur und die Gestaltung der Studiengänge, -richtungen und -pläne, die allein als eine konsequente Fortführung der institutionellen Autonomie angesehen waren. Der so eingeschlagene Weg geht davon aus, daß die Herbeiführung und Umsetzung der Reform automatisch durch Selbstregulierung von »unten« erfolgt. Angesichts des jahrzehntealten Erbes zentralistischer Steuerung und Planung stellt der Kurs auf Autonomie und Selbstregulierung auf der einen Seite sicher einen unverzichtbaren Bestandteil der Hochschulreform dar, auf der anderen Seite ist er noch unzureichend realisiert. Unter den Bedingungen eines rapiden Übergangs von der Plan- in die Marktwirtschaft, der raschen Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt und des gesellschaftspolitischen Umbruchs erfordern die Reformen des Hochschulsystems eine besondere Koordinierung und Bündelung der vielfältigen Reformaktivitäten. Die Veränderungen im Hochschulwesen bedürfen auch einer stärkeren Konsolidierung der gesellschaftlichen Kräfte und gezielter staatlicher Politik. Zur Zeit existiert nach Meinung führender polnischer Bildungsforscher dagegen eine Parese in der Koordination der Hochschulpolitik.⁵ Hierfür seien nur einige zentrale Punkte genannt:

1. Der tertiäre Sektor des polnischen Bildungssystems verfügt über keinerlei transsystemare Regulationsinstrumente oder institutionelle Strukturen, die das Hochschulwesen mit dem Beschäftigungssystem (Arbeitsmarkt) oder dem Wirtschaftssystem, genauer deren Transformationen, verknüpfen würden.
2. Die Veränderungen im Hochschulwesen sind bisher nicht in die Regierungsprogramme zu gesellschaftlichen und ökonomischen Reformen mit ihren prospektiven Zielen integriert worden. Der erste Schritt hierzu wurde erst mit der Veröffentlichung des Konzepts »Strategie für Polen« (Kolodko 1995) in der zweiten Hälfte des Jahres 1994 getan, wobei die dort formulierten Proklamationen »Investition in *humane Ressourcen*« sich noch immer auf der Ebene der Rhetorik und nicht auf der Ebene konkreter Umsetzung befinden. So sprach auch der ehemalige Vorsitzende des *Hauptrats für das Hochschulwesen* (G ówna Rada Szkolnictwa Wy szego), ein aus Senatswahlen hervorgegangenes Vertretungsorgan aller Hochschulen, Professor Jerzy Osowski, polemisch von der »Strategie der Worte«.
3. Der *Hauptrat für das Hochschulwesen*, er setzt sich aus 50 Mitgliedern zusammen, davon 35 habilitierte und 10 nichthabilitierte Wissenschaftler sowie 5 Studierende, repräsentiert ausschließlich die akademischen Kreise und hat lediglich ein Begutachtungs-

recht in Fragen der Hochschulentwicklung. Er fungiert zwar als ein Beratungsgremium für die Regierung, besitzt allerdings keinerlei legislativen Befugnisse.

4. Die bisherigen Lösungen basieren keinesfalls auf einer kooperativen Steuerung des Hochschulwesens, und sie haben nicht die Mitbeteiligung von Regierungskreisen, akademischer Kreise, Wirtschaftspartner oder anderer gesellschaftlicher und sozialer Partner im Blick.
5. Die staatliche Rechtsaufsicht über die Hochschulen teilt sich das Bildungsministerium mit einer Reihe anderer Fachministerien, was der Schaffung einer gemeinsamen Hochschulpolitik und eines tragfähigen Reformkonzeptes ebenfalls entgegensteht.
6. Die staatlichen Organe wirken auf das Hochschulwesen im wesentlichen kraft der Finanzinstrumente. Bei dem permanenten Defizit im Bildungshaushalt stellt die Finanzierung ein Dauerproblem bei der Realisierung hochschulpolitischer Ziele und weitreichender Reformkonzepte dar (vgl. Kap. 5 des Beitrags).

Mit dem polnischen Hochschulgesetz 1990 wurden nicht nur die Hochschulautonomie wiederhergestellt und die Basis für etwaige Veränderungen und Innovationen im Hochschulwesen gelegt, sondern gleichzeitig auch die juristischen Voraussetzungen für die Gründung privater Hochschuleinrichtungen geschaffen. Seit 1991 ist der staatliche Hochschulsektor deshalb um eine wachsende Zahl privater Hochschulen bereichert worden. Im Studienjahr 1996/97 existieren 114 nichtstaatliche Hochschulen mit 142.928 Studierenden, die sich auf 44 Wojewodschaften verteilen. Von diesen 114 nichtstaatlichen Hochschulen sind bisher nur acht berechtigt, den Magisterstudiengang anzubieten. Alle übrigen nichtstaatlichen Hochschulen bilden auf der Ebene des Lizentiats aus. Zu ihnen gehören auch die fünfzehn kirchlich getragenen Theologischen Hochschulen mit 20.834 Studenten. Die nichtstaatlichen Hochschulen sind mit 74 Hörern bis zu 6.000 Hörern in der Regel kleinere Einrichtungen. Sie sind im Gegensatz zu den staatlichen Hochschulen kostenpflichtig, die Gebühren bewegen sich zwischen 250 und 2.500 US\$. Eine Aufnahmeprüfung ist nicht erforderlich (Ma y rocznik 1997: 184–192; Szko y wy sze 1997: IX–XIX). Ihre Klientel rekrutiert sich zumeist aus Studenten, die sich erfolglos um die Aufnahme an einer staatlichen Hochschule bewerben.

Den Kern des nichtstaatlichen Hochschulsektors machen Wirtschaftshochschulen aus, gegründet und getragen von Verbänden, internationalen Stiftungen und Privatpersonen wie z.B. die Privathochschule für Business und Verwaltung in Warschau, die Französisch-Polnische Hochschule für neue Informationstechniken in Posen oder die Hochschule für Management in Tschenstochau (Szko y wy sze 1997: XIII; Scheffler 1996: 169). Ihre neuen Bildungsofferten entsprechen am ehesten der Nachfrage des Arbeitsmarktes und den neuen gesellschaftlichen Anforderungen, weil sie in solchen attraktiven Fachrichtungen ausbilden wie Business und Verwaltung, Finanzen und Banken, in Bereichen also, die bisher als defizitär galten. Dabei muß berücksichtigt werden, daß der nichtstaatliche Hochschulsektor als ein stabiles und unabhängiges Subsystem des Bildungssystems inzwischen nicht nur eine Alternative, sondern auch eine Ergänzung zur staatlichen Hochschulbildung darstellt. Dies gilt insbesondere für nichtakademische Zentren und unterentwickelte Regionen. Das Nebeneinander der unterschiedlichen Hochschularten soll nach Meinung der polnischen Bildungspolitiker im Idealfall zur Qualitätssteigerung von Forschung und Lehre und generell zur gegenseitigen Befruchtung stimulieren.

3 Diversifizierung⁶

Die Öffnung der polnischen Hochschulen und Universitäten zur Autonomie hatte zu einer stärkeren Differenzierung ihrer Struktur- und Organisationsformen sowie zur gewissen Anpassung der formalen und inhaltlichen Struktur des Studiums an die neuen ökonomischen Bedingungen geführt. Seitdem ist das Angebot an Studienformen und -richtungen erheblich erweitert worden. Kürzere Studienzeiten für bestimmte Studiengänge, eine didaktisch-methodische Reform des Studiums in Richtung Individualisierung des Bildungsangebots, Tutorien und Vergabe von Kreditpunktesystem kennzeichnen die Veränderungen innerhalb der Hochschulen. Im Rahmen der inneren (inhaltlichen) Differenzierung wurden generell fast alle Studienpläne reformiert und aktualisiert. Entsprechend dem neuen Paradigma der Interdisziplinarität wird das Studium weitgehend neu organisiert. In der ersten Phase der Ausbildung geht man von der bisherigen disziplinären Spezialisierung ab und etabliert ein stärker interdisziplinär orientiertes Grundstudium innerhalb der Fakultät oder als *studium generale* innerhalb der Universität. Damit einher geht eine Flexibilisierung der Studienorganisation mit einer sukzessiven Fachspezialisierung. Experimentiert wird neuerdings auch mit der Einführung eines neuen Systems der Qualitätsbewertung und Akkreditierung von Hochschulen (Scheffler 1996: 167–169). Der *Haupttrat für das Hochschulwesen* arbeitet daran seit etwa fünf Jahren und empfiehlt neuerdings die Gründung einer Akademischen Akkreditierungskommission mit weitreichenden Kompetenzen im Bereich der Qualitätsbewertung und -kontrolle der Hochschulen (Kraßniewski 1996: 7).

Die polnischen Hochschulen und Universitäten bieten unterschiedlich lange Studiengänge an. Das reguläre fünfjährige Magister(Vollzeit-Präsenz-)Studium an den staatlichen Hochschulen und Universitäten ist bisher gebührenfrei. Größeres Gewicht gewinnen aber auch dort gebührenpflichtige Studiengänge, die in der Regel keine Aufnahmeprüfung verlangen, insbesondere in Form von Abend- und Fernstudien. Neben dem vorherrschenden Grundmodell der fünfjährigen Magisterstudiengänge bevorzugen die Hochschuleinrichtungen zunehmend zweistufige Studiengänge (3+2 Jahre) und richten Kollegs in beruflichen Fachrichtungen an den Hochschulen ein.

Allerdings wird in jüngster Zeit das dreijährige berufliche Hochschulstudium stark favorisiert, sicherlich auch unter dem Eindruck der Empfehlungen des OECD-Länderexamens, dem sich Polen im Juni 1995 unterzogen hat und in dem nachdrücklich die Installierung eines kürzeren, stärker berufsorientierenden Hochschultyps präferiert wurde (Raport na temat 1995: 29f., 53f. u. 59). Gedacht ist an ein international verbreitetes Modell der Fachhochschulen als zweite Säule des Hochschulsystems (das seine internationale Entsprechung z.B. in den französischen *Instituts Universitaires de Technologie*, den niederländischen *Hoger Beroepsonderwijs* oder den deutschen *Fachhochschulen* findet). Neuerdings wird die Einführung der Fachhochschulen in Österreich gerne als ein zusätzliches Argument zur Etablierung der Fachhochschulen auch in Polen ins Feld geführt. Die neuen Fachhochschulen (*wy sze szkoly zawodowe*) sind nicht, wie zu erwarten wäre, durch die geplante Novelle des Hochschulgesetzes sanktioniert worden, sondern haben im Juni 1997 eigene gesetzliche Grundlagen (*Ustawa 1997*) erhalten (*Fachhochschulgesetz*). Die ersten Modellversuche laufen an.

4 Quantitatives Wachstum⁷

Da schon in den achtziger Jahren erkannt worden war, daß Polen im Vergleich mit anderen europäischen Ländern eine erheblich niedrigere Quote von Studienanfängern und Studenten besaß (bezogen auf die entsprechenden Altersjahrgänge 13% bei den Studienanfängern), richtete sich die Bildungspolitik nach 1989 vornehmlich auf ein rasches Wachstum der Zahl der Studierenden und Hochschulabsolventen ein (28 bis 30% der 19jährigen) (Edukacja w zmieniaj cym sie 1995: 180–188). Im Wintersemester 1996/97 liegt ihr Anteil bei 25,4% (Ma y rocznik 1997: 188), was eine Verdopplung gegenüber den davorliegenden Jahren bedeutet (1990/91 noch 12,9% der 19- bis 24jährigen), aber immer noch unter dem westeuropäischen Durchschnitt liegt (Raport na temat 1995: 27). Nach neueren, noch ambitiöseren Plänen der polnischen Regierung ist aber ein Zuwachs von 33–35% (eines entsprechenden Jahrgangs) der 19- bis 24jährigen und eine Erhöhung der Studentenzahlen von 600.000 auf 1–1,2 Millionen bis zum Jahr 2010 vorgesehen (W perspektywie roku 2010 1995: 23). Die Hochschulen und Universitäten haben in den Jahren 1990 bis 1996 sukzessiv das Aufnahmelimit für das erste Studienjahr erhöht, indem manche von ihnen auf die Aufnahmeprüfung verzichten und entweder die Abiturzeugnisse (wie z.B. in Deutschland) oder ein Bewerbungsgespräch (wie z.B. in England) bewerten. Da die bisherige zentrale jährliche Kontingentierung der Zulassungen nach 1989 entfallen ist, haben die Hochschulen seitdem das gesetzlich garantierte Recht, eigene Eingangsvoraussetzungen zu formulieren, das eine Vielzahl und Vielfalt der Aufnahmeverfahren nach sich zog. So haben etwa 29% der Absolventen der technischen und beruflichen Mittelschulen und 69% der Absolventen der allgemeinbildenden Lyzeen im Jahr 1996 ihre Ausbildung auf der Hochschulebene fortgesetzt. 1996 stieg die Zahl der Erstimmatrikulationen im Vergleich zum Vorjahr um ca. 18,3% und im Vergleich zum Jahr 1990 um 16,8% (Szko y wy sze 1997: X, XVII). Im Studienjahr 1996/97 gibt es in Polen an allen 213 Hochschulen 927.500 Studierende, 56,6% davon sind Frauen (Ma y rocznik 1997: 192). Dabei steht dieser Politik die materielle und personelle Ausstattung der Hochschulen entgegen, deren Kapazitäten längst erschöpft sind. Die permanent sinkenden Hochschulausgaben scheinen diese Ansicht zu untermauern.

Das Hochschulbudget (der Anteil der Hochschulausgaben am Staatshaushalt) ist kontinuierlich gesunken, von 3,21% im Jahre 1990 auf 2,38% im Jahr 1995, analog der Anteil der Hochschulausgaben am Bruttoinlandsprodukt von 1990: 1,02% auf 1995: 0,78%. Allerdings ist dieser Anteil 1996 zum ersten Mal wieder leicht gestiegen, und zwar auf 0,87% (Rocznik 1996: 502ff.). In der Hochschuldebatte im polnischen Sejm im Herbst 1996 erklärte der Finanzminister Kolodko öffentlich: „Zuerst die Reform und dann das Geld“, während die Hochschulrektoren einstimmig opponierten: „Zuerst die Finanzen und dann die Reform“. Im Kontext der Konzepte und Vorhaben, die seit 1989 in einer ungebrochenen Regelmäßigkeit vom polnischen Bildungsministerium in Auftrag gegeben, erarbeitet, publiziert und im Ansatz diskutiert werden, erscheint die Finanzierung des Hochschulsystems wie des gesamten Bildungswesens einer der strittigsten Punkte zu sein. Die akademische community spricht hier einhellig von dem »Schönreden des Überlebensbudgets«. Das Bestreben jedoch, eine Expansion der Sekundarschulbildung auf der Ebene der Hochschulzugangsberechtigung für alle Jugendlichen durchzusetzen, ist in der Tat ein ehrgeiziges Ziel. Es darf aber nicht auf Kosten der Qualität gehen. Auf diese doppelte Zielsetzung sind die Hochschulen und Universitäten in Polen nicht vorbereitet. Wer höhere Bil-

dungsaspirationen der Jugendlichen weckt, muß damit rechnen, daß die Erwartungen auf ihre Umsetzung steigen. Mit diesem Reformschritt wäre in der Konsequenz eine Expansion des Hochschulwesens zu verbinden. Diese ist, soweit man sehen kann, lediglich partiell mit der Etablierung der Fachhochschulen vorgesehen.

5 Schlußbemerkungen

Das polnische Ministerium für nationale Bildung publizierte am 30. Oktober 1996 seine bisher letzten reformpolitischen Maßnahmen für den Hochschulsektor und stellte sie damit zur öffentlichen Diskussion. Daraus lassen sich strategische Vorhaben der Regierung zur staatlichen Bildungs- und Hochschulpolitik für die Jahre 1996–2010 ableiten, die alle Stufen des Bildungssystems umfassen (Za o enia d ugofalowej 1996). Zu nennen sind hier vier zentrale Ziele, die den Hochschulbereich unmittelbar tangieren:

1. *Die Restrukturierung des gesamten Bildungssystems* – Installierung der Fachhochschulen ab 1997, Erarbeitung und sukzessive Einführung eines neuen Beihilfe- bzw. Förderungssystems für Studenten.
2. *Die quantitative und qualitative Steigerung des gesamtgesellschaftlichen Bildungsniveaus* – Erhöhung der Quoten von Studierenden und Hochschulabsolventen insgesamt und bis zum Jahr 2005 auf 28 bis 30% der 19jährigen, Durchsetzung mehrstufiger Studiengänge, Entwicklung von dreistufigen Studiengängen (Lizentiat, Magister, Doktorat), Gründung neuer Hochschuleinrichtungen universitären Typs, Öffnung der Militärschulen für Zivilpersonen.
3. *Die Anpassung der Ausbildungsstrukturen an die nationalen gesellschaftlichen und ökonomischen Erfordernisse* – Etablierung des höheren Berufsstudiums an Hochschulen und Universitäten sowie an den fachlich profilierten Hochschulen vor allem außerhalb großer akademischer Zentren (wie Warschau, Krakau, Posen etc.), quantitative Steigerung der Studentenzahlen in universitären Studiengängen und Förderung des ergänzenden Magisterstudiums und die Reform der Lehrerbildung, die einer gesonderten Analyse bedürfte.
4. *Die Schaffung stabiler Mechanismen zur Gewährleistung der optimalen Nutzung öffentlicher Mittel für die Entwicklung des Schul- und Hochschulwesens* – Modernisierung des Besoldungssystems für das Hochschulpersonal, Einführung eines Besoldungsminimums für akademische Lehrer ab 1998, bereits ab 1997 eine leistungsbezogene Gestaltung der Besoldung.

Betrachtet man die hier zusammengefaßten Zielsetzungen kritisch, so kommt man zu dem Ergebnis, daß sich die Hochschulpolitik des Bildungsministeriums wie in den Jahren zuvor auf eine recht allgemeine Bestimmung der Hauptziele und Richtungen der Veränderungen im tertiären Bildungssektor beschränkt. Akzentuiert werden in allen Reformkonzepten die stärkere Partizipation der Schulabgänger an der Hochschulbildung bei gleichzeitiger struktureller Diversifizierung der polnischen Hochschullandschaft in Form kürzerer, beruflich orientierter Fachhochschulstudiengänge. Das zuletzt veröffentlichte Strategiepapier zur Hochschulentwicklung bringt nicht nur keine nennenswerten neuen Impulse, sondern es verzichtet erneut auf die Konkretisierung der anvisierten strukturellen Veränderungen. Die polnischen Bildungspolitikern scheinen zu hoffen, daß sich durch den »Markt« alles allein regeln wird, und gehen davon aus, daß die Hochschulautonomie, die nach den Erfahrungen

im Sozialismus von den meisten gewünscht wird, politische Steuerung ausschließt. Sie setzen deshalb statt auf gezielte Hochschulpolitik auf Wettbewerb und marktähnliche Kräfte (und in diesem Diskussionspunkt scheinen sich Ost und West in Zeiten finanzieller Engpässe zu berühren). In der neuen Verfassung wird bereits die Möglichkeit eingeräumt, daß auf der tertiären Ebene Studenten an den Bildungskosten beteiligt werden können (Konstytucja 1997, Art. 70, Pkt. 2: 2).

Den Kern der gegenwärtigen Entwicklungsdynamik bilden somit weiterhin die unterschiedlichen Reforminitiativen der einzelnen Hochschulen, eine Dynamik »von unten«, die das Bildungsministerium unterstützend und koordinierend zu begleiten verspricht, ohne daß die Ebene bloßer Absichtserklärungen verlassen wird. Diese Entwicklungsdynamik »von unten« hat wiederum einen elementaren und recht spontanen Charakter, erfolgt unter unterschiedlichen Voraussetzungen und Motivationen und nimmt unterschiedliche Richtungen an. Somit ist der Innovationsschub sehr an die Bedingungen der jeweiligen Hochschuleinrichtung gebunden und differiert von Hochschule zu Hochschule. Diese Differenzen entspringen u.a. den Ungleichheiten unter den einzelnen Einrichtungen im Hinblick auf ihren regionalen Standort, ihre Ressourcen, ihren Status, wissenschaftlichen Rang, die Qualität der Forschung und Lehre und nicht zuletzt im Hinblick auf die Zusammensetzung des Hochschulpersonals. Davon hängen wiederum sowohl das Innovationspotential als auch das offene Klima gegenüber Veränderungen des tertiären Sektors ab.

Der Übergang von der Plan- in die Marktwirtschaft zeitigte in Polen seit 1989 große gesellschaftliche und wirtschaftliche Veränderungen und implizierte gleichzeitig die Notwendigkeit einer neuen Sicht auf die Aufgaben und Ziele des gesamten Bildungssystems inklusive des tertiären Bereichs. Zu diesen Zielen gehören die Flexibilität und Durchlässigkeit der Bildung und Qualifizierung auf allen Stufen des Bildungssystems sowie die Schaffung geeigneter Voraussetzungen zu mehrmaligem Qualifikationswechsel im Laufe der akademischen oder beruflichen Karrieren. Im Zusammenhang mit den Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt in den Jahren 1990–1996 läßt sich ein neues Verhältnis zur Bildung beobachten, das zur Hebung des gesamtgesellschaftlichen Bildungsniveaus führt. Die gestiegenen gesellschaftlichen Bildungsaspirationen verbinden sich jetzt stärker mit konkreten Erwartungen: Bildung und Ausbildung (hier ist in erster Linie die Hochschulbildung gemeint) werden zur Zeit als Garant gegen Arbeitslosigkeit und als eine Investition in die Zukunft angesehen, die nicht nur gute Verdienstmöglichkeiten, sondern auch breitere Berufsperspektiven für die junge Generation eröffnet.

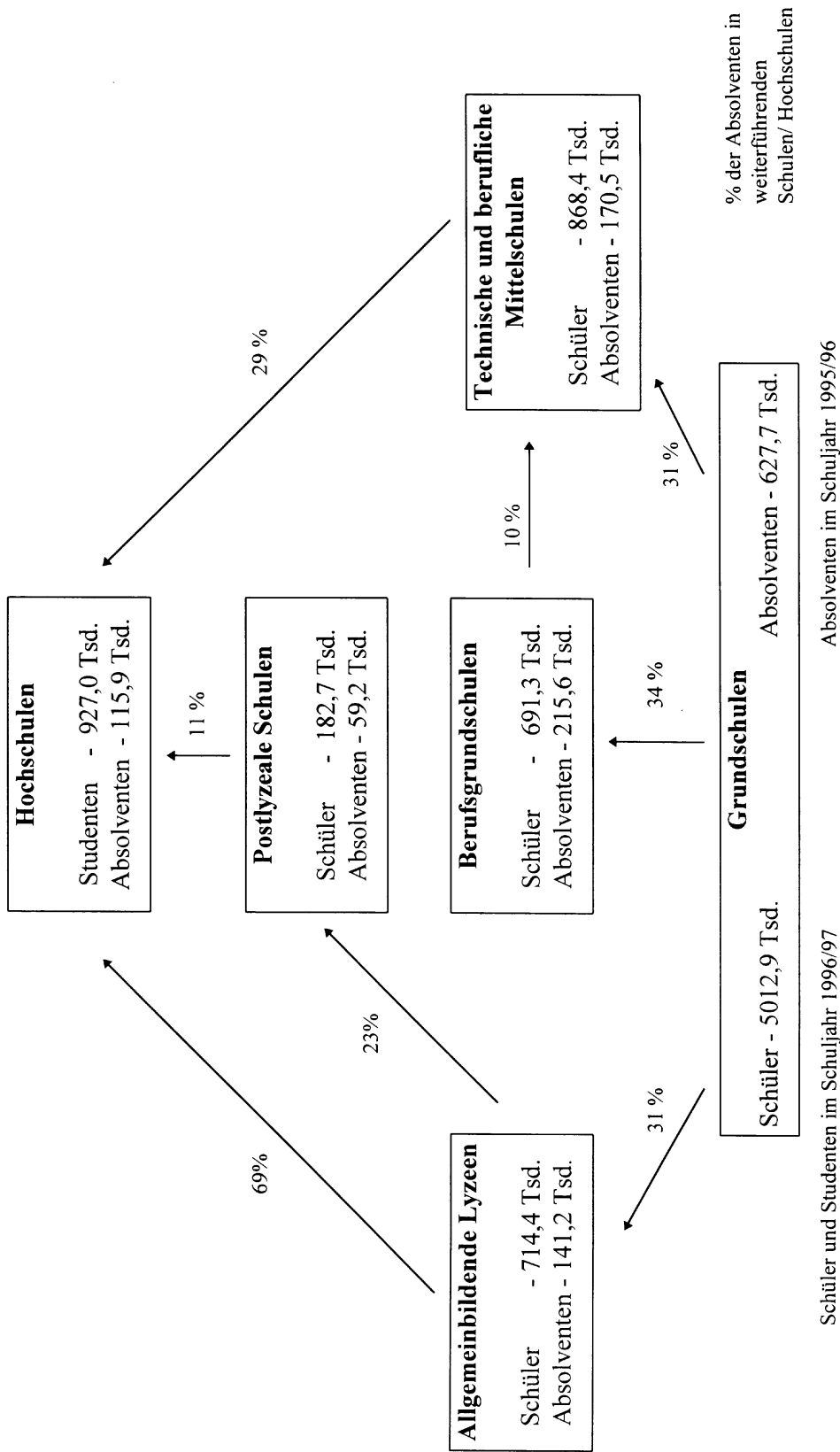
Anmerkungen

1. Dem Aufsatz liegt der Text eines im Österreichischen Ost- und Südosteuropa-Institut (Wien) im Dezember 1996 gehaltenen Vortrags zugrunde. Soweit über diesen Zeitpunkt hinaus neue statistische Daten vorliegen, sind sie eingearbeitet.
2. Die exponierte Stellung des Hochschulsystems an der Nahtstelle von allgemeinem Schulsystem, Wissenschaftssystem und Beschäftigungssystem ist von besonderem Interesse für die Gesamtreform.
3. Siehe entsprechende Dokumente und Berichte des polnischen Bildungsministeriums (= MEN) im Literaturverzeichnis.
4. Unter *Autonomie* werden in diesen Staaten eine Abkehr von zentralistischen und uniformen Verwaltungsstrukturen, die Autonomie der Forschung und Lehre (akademische Freiheit) sowie die partielle Rückkehr der Forschung von den Akademien und ähnlichen Einrichtungen an die Universitäten verstanden, ferner die Finanzautonomie. Dazu gehört die Rolle marktähnlicher Instrumente in der Gestaltung von Hochschulsystemen, Hochschuladministration und -management.
5. Hierzu wurde eine Artikelreihe in der führenden Hochschulzeitschrift »Nauka i Szkolnictwo Wyższe« 1995 und 1996 veröffentlicht.
6. *Diversifizierung* bezeichnet sowohl die strukturelle als auch die inhaltliche Differenzierung und umfaßt einerseits institutionelle Strukturen, andererseits die Studiengänge und Abschlüsse sowie die Zulassungsmodalitäten. Die letzteren sind wiederum an der Nahtstelle von allgemeinem Schulsystem, Hochschulsystem und Beschäftigungssystem angesiedelt und daher von besonderem Interesse für die Gesamtreform in den einzelnen Ländern.
7. Siehe hierzu auch die statistischen Angaben in Tabellen im Anhang des Beitrages.

Literatur

- Anweiler, O., Boos-Nünning, U., Brinkmann, G., u.a. (1996). *Bildungssysteme in Europa. Entwicklung und Struktur des Bildungswesens in zehn Ländern: Deutschland, England, Frankreich, Italien, Niederlande, Polen, Rußland, Schweden, Spanien, Türkei*. Weinheim: Beltz.
- Cerych, L. & Hendrichova, J. (1994). The Meaning of Diversification. *European Journal of Education*, 1, 3–12.
- Gellert, C. (Hrsg.). (1995). *Diversification of European Systems of Higher Education*. Frankfurt a.M.: Peter Lang.
- Główny Urząd Statystyczny (GUS). (Hrsg.). (1996). *Rocznik statystyczny 1996* (Statistisches Jahrbuch 1996). Warszawa: ZWS.
- Główny Urząd Statystyczny (GUS). (Hrsg.). (1997). *Mały rocznik statystyczny 1997* (Kleines statistisches Jahrbuch 1997). Warszawa: ZWS.
- Główny Urząd Statystyczny (GUS). (Hrsg.). (1997). *Szkoły wyższe w roku szkolnym 1996/97* (Hochschulen im Studienjahr 1996/97). Warszawa: ZWS.
- Grzelak, J. (1993). Higher Education in Poland: Four Years After. *European Journal of Education*, 4, 413–419.
- Hüfner, K. (Ed.). (1995). *Higher Education Reform Processes in Central and Eastern Europe*. Frankfurt a.M.: Peter Lang.
- Kolodko, G. (1995). *Strategia dla Polski* (Strategie für Polen). Warszawa.
- Konstytucja Rzeczypospolitej Polskiej uchwalona przez Zgromadzenie Narodowe z dnia 2 kwietnia 1997 r. (Verfassung der Republik Polen vom 2. April 1997). (1997, 17/23. April). *Głos Nauczycielski*. [Beilage].
- Krańewski, J. (1996, 45/6. November). AKA [Akademicka Komisja Akredytacyjna] znaczy jako (AKA [Akademische Akkreditierungskommission] bedeutet Qualität). *Głos Nauczycielski*, 7.
- Leitner, E. (1995). Die Forschung über die Hochschule. *Beiträge zur Hochschulforschung*, (2), 133–155.

- Ministerstwo Edukacji Narodowej (= MEN). (Hrsg.). (1995). *Edukacja w zmieniającej się społeczeństwie* (Die Bildung in einer sich wandelnden Gesellschaft). Warszawa: TEPIS.
- MEN. (Hrsg.). (1992). *Zamierzenia reformatorskie w edukacji do 2000 roku* (Reformmaßnahmen für Bildung im Jahr 2000). Warszawa: TEPIS.
- MEN. (Hrsg.). (1994). *Główne kierunki doskonalenia systemu edukacji w Polsce* (Die Hauptrichtungen der Vervollkommnung des Bildungssystems in Polen). Warszawa: TEPIS.
- MEN. (Hrsg.). (1995). *Raport o stanie systemu edukacji* (Bericht über den Zustand des Bildungssystems). Warszawa: TEPIS.
- MEN. (Hrsg.). (1995). *Szkolnictwo wyższe i nauka. Stan – Perspektywy – Zamierzenia* (Das Hochschulwesen und die Wissenschaft. Stand, Perspektiven und Vorhaben). Warszawa: TEPIS.
- MEN. (Hrsg.). (Oktober 1996). *Założenia długofalowej polityki edukacyjnej państwa ze szczególnym uwzględnieniem programu rozwoju kształcenia na poziomie wyższym* (Annahmen einer langfristigen staatlichen Bildungspolitik unter besonderer Berücksichtigung der Entwicklung der Hochschulbildung). Warszawa, zugleich veröffentlicht: (1996). *Głos Nauczycielski*, 44,45,46, 89–108.
- Muß-Gorazd, D. (1995). Wissenschaft und Hochschulen. *Ost-Dokumentation/Bildungs- und Wissenschaftspolitik*, 1, 22–24.
- OECD. (Ed.). (1995). *Raport na temat polityki edukacyjnej w Polsce. Raport i pytania wizytatorów* (Bericht zur Bildungspolitik in Polen. Bericht und Fragen der Prüfer). Warszawa, zugleich englische Fassung: OECD. (Ed.). (1996). *Reviews of National Policies for Education Poland*. Paris: OECD.
- Rutkowski, J. (1991). Neue Grundlagen für das Wirken des Hochschulwesens in Polen. *Das Hochschulwesen*, 39 (1), 40–42.
- Scheffler, M. (1996). Die Hochschulpolitik Polens von 1945 bis zur Gegenwart. In P. Bachmaier (Hrsg.), *Hochschulpolitik in Ostmitteleuropa 1945–1995*, 137–170. Frankfurt a. M.: Peter Lang.
- Ustawa z dnia 26 czerwca 1997 r. o wyższych szkołach zawodowych (Gesetz vom 26. Juni 1997 über die Fachhochschulen). (1997). *Dziennik Ustaw Rzeczypospolitej Polskiej*, 96, Pos. 590, 2994–3004.
- W perspektywie roku 2010. Droga do roku 2010. Raport w sprawie opracowania długofalowej strategii rozwoju Polski na okres 15 lat* (Perspektiven für das Jahr 2010. Der Weg bis zum Jahr 2010. Bericht mit dem Ziel einer langfristigen Strategie zur Entwicklung Polens im Zeitraum von 15 Jahren). (1995). Warszawa.



Tab. 2: Hochschulen und Universitäten

	Hochschulen					Studenten in Tsd.				
	1990/91	1993/94	1994/95	1995/96	1996/97	1990/91	1993/94	1994/95	1995/96	1996/97
Gesamt	112	140	161	179	213	403,8	584,0	682,2	794,6	927,5
Universitäten	11	11	12	12	12	141,1	213,5	252,4	280,5	308,6
Technische Hochschulen	30	30	31	30	29	84,0	130,6	153,3	180,7	207,5
Landwirtschaftsakademien	9	9	9	9	10	36,4	46,7	52,8	60,3	68,5
Ökonomische Hochschulen	5	26	40	51	71	24,0	53,1	70,7	97,3	137,7
Pädagogische Hochschulen	10	13	13	14	16	47,6	66,2	74,6	92,9	107,9
Medizinische Akademien	12	11	11	11	11	38,7	30,1	28,5	26,2	26,0
Seefahrt-Hochschulen	3	3	3	3	3	2,5	4,5	5,0	5,5	6,1
Sportakademien	6	6	6	6	6	14,6	16,0	16,7	17,8	19,0
Kunsthochschulen	17	19	19	20	20	8,2	9,0	9,3	9,4	10,1
Theologische Hochschulen	7	8	8	11	15	6,7	10,0	11,5	12,6	14,4
Sonstige	2	4	9	12	20	4,1	4,3	7,8	11,4	21,7

Tab. 3: Studenten und Absolventen nach Studienrichtungen

	Studenten					Absolventen				
	1990/91	1993/94	1994/95	1995/96	1996/97	1990	1993	1994	1995	1996
Gesamt	403,8	584,0	682,2	794,6	927,5	56,1	64,2	70,3	89,9	115,9
	%									
Pädagogische	14,1	14,4	15,0	16,1	14,8	17,5	18,2	17,8	23,8	27,6
Künstlerische	2,4	1,6	1,5	1,3	1,2	2,1	1,9	1,7	1,4	1,1
Humanistische	10,9	10,6	10,6	9,6	9,3	9,6	10,0	10,8	9,3	8,3
Theologische	2,3	2,1	1,9	1,8	1,9	1,8	1,9	2,1	1,5	1,8
Gesellschaftswissenschaftliche	4,3	9,7	8,7	9,8	10,3	3,7	8,4	8,3	8,4	7,9
Business u. Administration	14,8	12,2	15,3	17,6	20,8	9,8	9,5	10,7	12,7	15,6
Juristische	4,7	6,6	6,5	6,0	5,7	3,9	4,0	4,0	9,8	3,5
Naturwissenschaftliche	3,1	3,1	3,1	2,9	2,7	4,1	3,1	3,4	3,1	2,8
Mathematik u. Informatik	2,4	2,1	2,3	1,9	1,8	1,8	2,5	2,4	2,2	1,9
Medizinische	10,1	6,1	5,0	4,1	3,5	10,2	10,6	9,5	7,7	5,6
Technische	16,5	19,7	19,5	19,0	18,3	19,4	19,4	15,9	14,1	12,7
Architektur	1,1	1,0	0,9	0,8	0,8	0,7	0,8	0,7	0,6	0,5
Agrar- u. Forstwirtschaft	7,0	4,9	3,8	3,6	3,5	7,7	5,9	4,5	3,9	3,4
Hauswirtschaft	0,2	1,0	1,0	1,0	0,9	0,9	0,9	1,2	0,9	0,9
Transport u. Kommunikation	0,7	0,8	1,1	1,1	1,0	0,7	1,1	1,2	1,4	1,1
Verkehrswesen	1,0	0,7	0,6	0,6	0,6	0,9	0,8	0,7	0,6	0,6
Dienstleistung	0,4	0,5	0,6	0,8	0,8	0,4	0,3	0,4	0,6	0,9
Sonstige	4,0	2,9	2,6	2,0	2,1	4,8	4,4	4,7	3,8	3,3

Tab. 4: Nichtstaatliche Hochschulen

		Hochschulen	Studenten		Absolventen	Lehrpersonal
			Gesamt	davon Frauen		
Gesamt	1992/93	18	16169	10325	1136	1016
	1993/94	36	28937	17874	1700	1210
	1994/95	56	49578	32736	1746	1867
	1995/96	80	89399	60086	4470	1857
	1996/97	114	142928	95392	12867	3702
in kirchlicher Trägerschaft		15	20834	14177	3082	1145
Sonstige		99	122094	81215	9785	2557

Quelle: *Ma y rocznik statystyczny 1997* (Kleines statistisches Jahrbuch 1997). Hg. GUS. Warszawa 1997. S. 184–193 und *Szko y wy sze w roku szkolnym 1996/97* (Hochschulen im Studienjahr 1996/97). Hg. GUS. Warszawa 1997. S. X–XIX.